

Zeitschrift für Politik

68. Jahrgang, Heft 2, Juni 2021

Tilo SCHABERT, *Von der Natur der Politik und ihren Formen. Kleine Schriften*, hg. von Frank-Lothar Kroll, Berlin: Duncker & Humblot 2020, 450 S., € 79,90

Nach einer Reihe von bedeutenden Büchern, wie *Natur und Revolution* (1969), *Der Mensch als Schöpfer der Welt* (1970), *Gewalt und Humanität* (1978), *Boston Politics* (1989), *Wie Weltgeschichte gemacht wird* (2002), *Die zweite Geburt des Menschen* (2009), *Das Gesicht der Moderne* (2018) bringt Frank-Lothar Kroll eine Sammlung von Aufsätzen Schaberts heraus, der man zu Recht mit großen Erwartungen entgegensehen konnte. Die Sammlung, passend *Kleine Schriften* genannt, befasst sich mit Ereignissen, Grundlagen und Strukturen der modernen Demokratie. Ist man an »Politischer Wissenschaft« als Form und Forum bürgerlicher Selbstverständigung interessiert, dann tragen die Analysen Schaberts sehr viel zu einem die USA und Europa umfassenden Bild bei. Nach dem Wahlsieg Bidens und einer vielleicht latenten Gespaltenheit der amerikanischen Gesellschaft (Jill Lapore) ist mit Schabert nach den Wurzeln der Konstituierung eines Klimas der Gewalt zu fragen (*Das Gesicht der Moderne*, Freiburg 2018, S. 161–207) und sich der kreativen Kraft der Politik, wie sie u. a. in Artikeln wie *Das Projekt Demokratie* (S. 39–45), *Die Stadtregierung* (S. 163–192), *Die Atlantische Zivilisation* (S. 231–244) entfaltet wird, bewusst zu werden. Eine Klammer um alle Themen Scha-

berts bilden die Fragen nach dem Charakter der Macht und deren um der Freiheit willen geschehenden Begrenzung. Am Anfang der *Kleinen Schriften* steht Schaberts Antwort auf die von Jürgen Habermas im Jahre 1973 aufgeworfene Frage, ob die Herrschaft des Spätkapitalismus zu rechtfertigen sei. Man kann die damalige Frage nicht nur, wie Niklas Luhmann und Wilhelm Hennis, auf die problematische Skepsis von Habermas gegenüber der Bundesrepublik beziehen, sondern auch, wie Schabert es tut, ganz allgemein philosophisch stellen und fragen, ob Herrschaft denn immer auf der Zustimmung anderer beruht. Und müssen ferner in jeder politischen Ordnung, die legitim sein will, aus den von Natur ungleichen Menschen gleiche Bürger geworden sein? Schabert teilt die möglichen Antworten in zwei Gruppen auf. Einmal die Rechtfertigung der Legitimation mit funktionalen Gründen: Die Regierung ist wirksam, also ist sie anerkannt. Zum anderen weist Schabert darauf hin, dass die scharfen Kanten der Legitimität mit der Zeit unscharf werden, ihren Wahrheitsbezug verlieren. Angesichts von Relativierungen des Wahrheitsbezugs verlagert das Christentum etwa mit Augustinus und dem Jansenisten Pascal die Wahrheit in eine transzendente Ordnung, die letztlich nur aus religiösen Gründen zu befolgen ist. Menschliche Macht ist produktiv und instantan. Sie scheint alles definitiv und endgültig zu fixieren, und doch ist sie kontingent und gegen den Verlauf der Geschichte nicht gefeit. Indes die Skepsis von Schabert ist aufgeklärt und enthält affirmative Blickpunkte. Schließlich gibt es drei Beispiele für staatliche Verfassungen, die den Ansprüchen moderner Legitimität genügen: die der USA (»Formen mit eisernen Wahrheiten«), die der fünften Republik Frankreich (mit dem Erbe der Französischen Revolution) und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (*ex consensu communitatis*) (S. 21). Schabert stellt fest: »Das ist das Seltsame moderner Legitimationen politischer Macht: Unerschütterliches in relativistischen Formen« (S. 21).

Es fällt auf, dass Schabert sich bei der Beschreibung der politischen Prozesse nicht mit den sozialen und ethnischen Gegensätzen als Ursprüngen und Quellen der Konflikte befasst. Ist es vielleicht so, dass diese in ihrer Gegensätzlichkeit Gewichte und Elemente im ausgleichenden Wirken der Institutionen und Parteien sind? Das

Zusammenprallen der gesellschaftlichen und ideologischen Gegensätze wird in seiner systemsparenden kämpferischen Dynamik vom ausgleichenden Stil, am besten im Modus des amerikanischen Regierens, absorbiert. Die Freiheiten der Vielen werden durch die amerikanischen Institutionen so begrenzt, dass es gleichzeitig auch bei der Freiheit bleibt, so dass diese nicht verloren geht. Schabert erklärt: »Die Gründungs-väter der amerikanischen Republik«, in dieser Hinsicht gewiss ein Vorbild für Europa, haben »diese Pragmatik des Politischen nicht nur angemessen durchdacht, sie haben sie auch schöpferisch ins Werk gesetzt« (S. 239).

Wie wir gesehen haben, ist Frankreich ebenso wie die Bundesrepublik Deutschland das Land, das den Ansprüchen moderner Legitimität genügt. Frankreich nimmt denn auch in den Betrachtungen Schaberts einen weiteren Schwerpunkt ein. Von den acht Beiträgen zu Frankreich sind die Verfassungsanalysen, die Schabert dem Werk des französischen Juristen und Politikers Debré widmet, hervorzuheben. Das bleibende Erbe Frankreichs ist mit der Revolution auch das Gesetzgebungsideal von J.-J. Rousseau. Demnach herrschte in der französischen Geschichte ein Übergewicht des Parlaments über die Exekutive und Judikative. Es ist dem juristischen und politischen Geschick Michel Debrés zu verdanken, zusammen mit dem weitsichtigen General de Gaulle und vielen Parlamentariern den Boden für eine neue Verfassung geschaffen und durch diese der V. Republik ein dynamisches und die politischen Gegensätze ausgleichendes Leben bereitet zu haben (S. 45–46). Darüber und über die Entwicklungen der französischen Parteien von 1944 bis 1977 (S. 273 – 296) wird man sich nirgendwo so gut informieren können, wie in den entsprechenden Artikeln Schaberts. Die Studie zur Parteienlandschaft in Frankreich beschreibt filigran die vielen Veränderungen der Parteien in den Zeiträumen 1944 bis 1977.

Der Einfluss Frankreichs und seines von Schabert hochgeschätzten Präsidenten Francois Mitterrand wird von Schabert in einem eigenen Artikel gewürdigt, in dem die Mitwirkung Frankreichs und Mitterrands am Prozess der Wiedererlangung der Souveränität der Baltischen Staaten aufgezeigt wird. In der abwägenden Haltung Mitterrands beim Prozess des Selbständigwerdens der drei baltischen Staaten sieht Schabert

eine Parallele zu dessen Haltung im Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands. Schabert hat in seinem Buch *Wie Weltgeschichte gemacht wird* (2002) die französische Politik in der Zeit der Wiedervereinigung bis zum Abschluss der Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen im September 1990 beschrieben. In dem Buch heißt es: »Im Elysée Mitterrands war man auf ein solches Ereignis vorbereitet. Die Sorge dort galt nicht der Wiedervereinigung Deutschland als solcher. Sie galt vielmehr deren Verlauf« (S. 14). Frankreich verfolgte »ein klares und konstruktives Konzept« (S. 345), nämlich »die Verbindung zwischen der deutschen Vereinigung und dem europäischen Bau« (S. 298). Ähnlich wie bei der Unabhängigkeit der Baltischen Staaten, so führt Schabert im oben angeführten Artikel aus, wollte Mitterrand vermeiden, dass die neue Rechtslage das frisch vereinigte Deutschland zu einer Überbetonung seiner neuen Selbständigkeit führen könnte. Als dann der Altbundeskanzler Helmut Kohl in seinen *Erinnerungen* davon sprach, dass Mitterrand und die politische Klasse in Paris die deutsche Einheit nicht für wünschenswert hielten, war Schabert über die von Kohl ohne historische Belege vorgebrachte Behauptung empört. Schabert widerlegt im vorliegenden Artikel *Über die Macht, die sich eines Kanzlers bemächtigte* an Hand von Gesprächsnachschriften aus französischen Archiven die ohne Belege vorgebrachten Behauptungen Kohls. Auf der einen Seite steht Schabert mit seinem Kampf um das Recht der historischen Wahrheit; auf der anderen Seite sind es politische Interessen, deren Narrative sich anderen Gesichtspunkten fügen.

Statt auf die vielen wissenschaftlichen Schätze, die hier angesichts des beschränkten Raumes ungehoben bleiben müssen, sei auf einen Zusammenhang verwiesen, den wir zu vergessen drohen, der aber von Schabert zu Recht in ein helles Licht gerückt wurde. Gerade dann, wenn sich, wie heute, die USA und Europa als ökonomische Konkurrenten gegenüberstehen, darf nicht übersehen werden, dass sie doch in ihrem Freiheits- und Menschenrechtsverständnis sehr ähnlich sind. Das gemeinsame Ziel, die Freiheit ihrer Bürger zu bewahren, sollte beide Seiten davor bewahren, allzu tiefe Gräben auszuheben.

Karl-Heinz Nusser